



Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe 8 – Juli 2009



★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes, liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,



ich hoffe, Sie haben in den Monaten Juli und August einige wohlverdiente erholsame, sorgenfreie und sonnenverwöhnte Sommerwochen genießen können.


Für den einen oder anderen europapolitisch Verantwortlichen im politischen Geschäft mag die Ferienzeit allerdings kürzer als sonst ausgefallen sein – nicht allein wegen der Veränderungen in den europäischen Institutionen, sondern auch in Folge der legislativen Betriebsamkeit über die Sommerpause, die auf das kritische Urteil des Bundesverfassungsgerichts und seine Kritik an den deutschen Begleitgesetzen zum Lissabonner Vertrag zurückgehen.

Wenn man es einmal positiv sehen will - eines hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf jeden Fall erreicht: Endlich haben wir in Deutschland wieder eine europapolitische Debatte. Seit der Vorlage des Verfassungsvertrags hatten weder die Referenden in den Niederlanden, Frankreich und schließlich Irland noch zuletzt die Europawahlen im Juni es vermocht, zum Auslöser einer wirklich breiteren Diskussion darüber zu werden, wo Deutschland europapolitisch steht, welche Ziele es verfolgt und wie es sich innerstaatlich und auf europäischem Terrain entsprechend zu positionieren hat.

Daran geht jetzt allerdings kein Weg mehr vorbei. Da das Urteil praktische Auswirkungen hat – nicht zuletzt diejenige, dass ohne eine gründliche Überarbeitung der Begleitgesetze der Lissabonner Vertrag nicht ratifiziert werden darf –, bleibt die Debatte nicht auf die Zirkel der Verfassungsjuristen begrenzt. In den Medien wogen Urteilslob und Urteilschelte seit Juli hin und her. Die Parteien positionieren sich in Bezug auf die künftige aktivere europapolitische Rolle des deutschen Parlamentes. Es gilt im Besonderen das Verhältnis Bund-Länder und des Bundesrates im Bezug nicht nur auf den Bundestag, sondern auch zur Bundesregierung, neu auszutarieren.

Dabei handelt es sich keineswegs allein um eine innerdeutsche Debatte. Es durfte getrost erwartet werden, dass das Urteil von Karlsruhe juristisch wie auch politisch in ganz Europa noch lange nachhallt. Die Reaktionen aus einigen Nachbarländern lassen befürchten, dass die Karlsruher Denkansätze auch jenseits Deutschlands Grenzen hier und dar prägend wirken könnten. Europaweit erfährt das Urteil von Integrationsfreunden wie von Euroskeptikern sowohl Lob als auch Tadel. Dennoch ist aber noch nicht recht deutlich, welche langfristigen Wirkungen dabei zutage treten werden. Wird sich etwa der EuGH der Denkweise des Bundesverfassungsgerichts anpassen oder dagegen etwa in Opposition zu Karlsruhe seine eigene, integrationsfreundlichere und den Nationalstaat in Perspektive setzende Rechtstradition fortführen? Wird es das Europäische Parlament auf sich sitzen lassen, jenseits des Rheins als Versammlung minderer demokratischer Legitimation betrachtet zu werden oder wird das Urteil nicht über die Zeit im Gegenteil zum Anstoß






einer weiteren Demokratisierung des verfassten Europas werden? Mit mehr parlamentarischer Kontrolle, höherer parlamentarischer Verantwortung und einer direkteren Legitimation der europäischen Exekutive auf parlamentarischer Grundlage? Ist es denn überhaupt denkbar, ohne eine Wahlrechtsreform, europäische Parteien und einen wirklichen europapolitischen Wahlkampf in die Europawahlen 2014 zu gehen, wenn man nicht riskieren will, dass sich die Europäische Union langfristig auf einen bloßen Staatenbund mit angeschlossener parlamentarischer Versammlung reduzieren will – etwa eine Art Europarat oder NATO de luxe?

Viele unter uns waren sicherlich irritiert und haben zugestimmt, als der Karlsruher Richterspruch in den ersten reflektierenden Wertungen als "staatszentriert" oder gar als "Urteil aus der Bismarck-Zeit" eingeordnet wurde. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte am 6. Juli "Klar ist, dass sich in Deutschland und damit auch in der EU alles Reden über 'Vereinigte Staaten von Europa' vorerst erledigt hat". Und Jo Leinen argwöhnnte, dass die Richter diese Vision, die Politiker wie Helmut Kohl und Joschka Fischer verfolgten, zertrümmert hätten. Mag dem auch sein, wie es wolle, das entscheidende Wort in diesen Kommentaren ist gewiss das Adverb "vorerst". Denn klar ist doch auch, dass mit Konzepten aus der nationalstaatsfrohen Bismarck-Zeit, der Epoche des ausbalancierten Konzerts der sechs europäischen Mächte, das 21. Jahrhundert für niemanden mehr zu gewinnen sein wird. Mit Macht führt uns dies die immer noch andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise vor Augen. Die G7 wurden zunächst zu den G8, dann zu einer Art G8 plus und schon scheinen sie ein Anachronismus der Geschichte zu sein, denn eine effektive Steuerung der Weltwirtschaft kann heute nur noch auf der Ebene der G20 gewährleistet werden. Wie sollen sich Europas Nationalstaaten auf die Dauer in einem solchen Szenario behaupten, wenn es ihnen nicht gelingt, ihre Interessen und Kompetenzen – weit über die Fragen der Wirtschafts- und Finanzordnung hinaus – in der Europäischen Union zu bündeln? Weitere Integri-

onsschritte können sich daher gar nicht ausbreiten, und diese müssen, das hat Karlsruhe deutlich gemacht, mit den Mitteln der repräsentativen Demokratie untermauert, begründet und abgesichert werden.

Dazu bedarf es vieler einzelner Fortschritte, oft mehr im Detail als im Großen, die in mühsamen Debatten erstritten werden müssen. Die europäische Einigung bleibt eine Echterbacher Springprozeßion. Der Echterbacher Rhythmus mag wenig effizient sein, aber auch er führt letzten Endes voran. Die nächsten Etappen sind bereits vorgezeichnet: Zunächst muss die Ratifikation des Lissabonner Vertrages unter Dach und Fach gebracht werden, dann gilt es, Kommission und Rat neu zu ordnen und zu besetzen und dann muss ab 2010 der Lissabonner Vertrag mit Leben erfüllt werden. Der Rhythmus von vor und zurück wird uns auf diesem Weg erhalten bleiben.

Unser Brüsseler Verband wird diese Entwicklung weiter aktiv begleiten und in seinem bescheidenen Rahmen versuchen, den einen oder anderen Impuls zu setzen. Wir sind dazu gut aufgestellt. Wir haben weit über 200 diskussionsfreudige und kompetente Mitglieder, und unser Vorstand, der am 2. Juli von der Mitgliederversammlung neu gewählt wurde, krepelt die Ärmel hoch. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen sind schon für die letzten vier Monate des Jahres geplant, von Briefings nach den Europäischen Räten im Oktober und Dezember über mehrere Diskussionsabende im EUD-Konkret-Format bis hin zu unseren Arbeitsgruppen, in denen wir gemeinsam Positionen erarbeiten und Veranstaltungen zu aktuellen Themen der Europapolitik und europäischen Integration vorbereiten werden. Diesen Bereich unserer Arbeit wollen wir zielstrebig ausbauen. Dazu kommen aber auch spezielle Angebote zur informellen Diskussion zwischen unseren Mitgliedern wie das Sommerfest und den EUD-Stammtisch und verschiedene Formate für "Jung-Europäer", darunter nicht zuletzt die Praktikantenfahrten.



Die Mitgliederversammlung und die anschließende Podiumsdiskussion mit Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen haben die Kraft und Lebendigkeit des Brüsseler Verbandes der Europa-Union eindrücklich unter Beweis gestellt.

Dafür sei Ihnen allen Dank, unseren Mitgliedern, unseren Freunden, darunter auch zahlreiche Ländervertretungen wie am 2. Juli die des Freistaates Bayern, in der wir unsere Mitgliederversammlung durchführen konnten, und den vielen, die sich in unserem Verband mit Rat und Tat engagieren. In der Mitgliederversammlung haben wir Frau Anna Haas verabschiedet, die ein Jahr aktiv die Vorstandsarbeit mitgeprägt hat und sich auf eigenen Wunsch aus der direkten Vorstandsarbeit verabschiedete. Auf ihre Stelle als Beisitzer haben die Mitglieder Christian Bruns gewählt. Eine Anzahl weiterer neuer Mitglieder zeigt Interesse, sich in die Arbeit einzubringen, und der Vorstand wird sie gern in die Durchführung unserer Maßnahmen einbinden. Ihnen allen gilt auch mein ganz persönlicher Dank.

Alles ist also bereit zum Durchstarten nach der Sommerpause. Freuen wir uns auf europapolitisch besonders herausfordernde und spannende Monate!

Ihr Dr. Michael Köhler

★ **Klima- und Finanzkrise: Europa muss jetzt gemeinsam handeln!**

von Rebecca Harms MdEP



Ein halbes Jahr vor den internationalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen herrscht Konsens über die Krise des Klimas. So wird kaum bestritten, dass der bedenkliche Temperaturanstieg im

letzten Jahrhundert auf die Aktivitäten des Menschen zurückzuführen ist, und dass sich die Meldungen von Naturkatastrophen von Jahr zu Jahr häufen. Um diese besorgniserregende Entwicklung rechtzeitig zu stoppen, müssen wir in Kopenhagen eine internationale

Einigung für ein neues Klimaabkommen erreichen: Verbindliche Zusagen für CO₂-Reduktionen, die den Empfehlungen des internationalen Klimarats (IPCC) entsprechen, sind dafür dringend notwendig. Bis 2020 müssen die Industrienationen ihre Emissionen demzufolge um 25-40% senken. Außerdem müssen die Industrieländer ihrer historischen Verantwortung gerecht werden, indem sie die Klimaschutzmaßnahmen sowie die Anpassungsmaßnahmen der Entwicklungsländer an das sich ändernde Klima mitfinanzieren. Nur dann gibt es eine realistische Chance für ein tragfähiges, internationales Klimaabkommen.

Ob all dies am Ende gelingen wird, hängt maßgeblich mit der Einigkeit Europas zusammen. Ganz sicher muss die EU entschlossen voran gehen - und genau darin könnte in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise das Problem liegen. So gelang im Jahr 2007 unter der damaligen Ratspräsidentin Merkel Europa noch eine Einigung auf die 20-20-20-Ziele: 20 Prozent CO₂-Reduktionen (bzw. 30 Prozent im Fall einer internationalen Einigung), 20 Prozent Erneuerbare Energien und 20 Prozent mehr Energieeffizienz bis zum Jahr 2020. Doch dieser Eifer ist bedauerlicherweise sehr schnell wieder erlahmt. Das zeigte sich vor allem bei den Verhandlungen um das Klimapaket Ende des vergangenen Jahres.

Das Klimapaket sollte konkrete Maßnahmen zur Erreichung der 20-20-20-Ziele einführen: Beispielsweise durch strenge Grenzwerte für die CO₂-Emissionen von Autos, konsequente Versteigerung der Emissionsrechte im Rahmen des Europäischen Emissionshandelsystems oder die konsequente Förderung von Erneuerbaren Energien. Obwohl gewisse Fortschritte im Emissionshandel oder bei den Erneuerbaren Energien gemacht wurden, setzten sich in vielen Bereichen doch wieder die kurzfristigen Interessen der Industrie durch. Argument für die Verwässerung der CO₂ Grenzwerte für Pkw und die umfangreichen Ausnahmen bei der Versteigerung von Emissionszertifikaten war nicht zuletzt die aufziehende Wirtschaftskrise.

Dabei müssen wir begreifen, dass sich hinter dieser Krise eine große Chance verbirgt. Wir müssen unser Wirtschaftssystem, das sich als immer zerstörerischer für unseren Planeten und unsere Gesellschaft entpuppt hat, überdenken. Die Politik muss jetzt handeln und einen Green New Deal voranbringen.

Wir brauchen einen Umbau des Wirtschaftssystems, hin zu mehr Nachhaltigkeit, hin zu einem langfristigeren und ökologischeren Denken. Dies ist gemeinsam mit allen 27 Mitgliedstaaten, also auf EU-Ebene, viel besser zu schaffen, als die Einzelstaaten es könnten. Dabei müssen wir Bürgern, Politikern und Industrie dringend klar machen: Maßnahmen für den Klimaschutz sind kein reiner Kostenfaktor. Im Gegenteil: Sie schaffen neue und zukunftsfähige Jobs.

Die Förderung von Erneuerbaren Energien ist ein sehr gutes Beispiel. Damit schaffen wir Arbeitsplätze in einem Wachstumsmarkt, machen Europa unabhängiger von Energieimporten und schützen das Klima nachhaltig. Investitionen in die Gebäudesanierung, die Heizkosten senken und zugleich Aufträge für die Wirtschaft schaffen, sind ein weiteres Beispiel. Oder der nachhaltige Umbau der angeschlagenen Automobilindustrie, damit Autos nach der Krise nicht nur schicker, sondern auch sparsamer sind. Ebenfalls wichtig: Die Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs, für günstigere und schnellere Busse und Bahnen. Hier muss ein Umdenken voran gebracht werden, weg von der Straße und auf die Schiene.

Dafür müssen wir europaweit Mehrheiten organisieren, die diese Politik eines Grünen New Deals entschlossen voran bringen. Wir brauchen ein Europa, das den Schritt zu einer sozialen und ökologischen Erneuerung unserer Wirtschaft gemeinsam macht. Wir haben schon zu viel Zeit verloren - und dürfen nicht länger warten. Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger Europas können wir den Umbau schaffen.

Damit würden wir auch einen wichtigen Grundstein für erfolgreiche Verhandlungen in Kopenhagen legen. Wenn Europa mutig voran schreitet und zeigt, wie sich Klima- und Wirtschaftskrise gemeinsam bekämpfen lassen, können wir auch ein starkes internationales Klimaschutzabkommen erreichen.

★ Günter Verheugen zum Grillen bei der Europa Union

Bei sommerlichen Temperaturen strömten am Abend des 2. Juli 2009 auf Einladung des Brüsseler Verbandes der Europa Union und der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU über 300 Interessierte in die Bayerische Vertretung. EU-Kommissar und Vizepräsident der Kommission Günter Verheugen stellte sich in einem Interview in lockerer Atmosphäre den kritischen und teilweise bohrenden Fragen von Rolf-Dieter Krause, dem ARD-Studiodirektor in Brüssel.



Aus aktuellem Anlass kam in der Diskussion gleich zu Beginn das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon und dessen Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz zur Sprache. Verheugen bewertete das Urteil als in gewisser Weise euroskeptisch, allerdings hatte er es in dieser Form weitgehend erwartet.

Interessant war seine Einschätzung zu der Überarbeitung der Begleitgesetze, die - wie von Kanzlerin Merkel angekündigt - noch vor der Bundestagswahl abgeschlossen sein sollte. Verheugen wies darauf hin, dass der Bundesrat wohl kein Interesse an weiteren Kompetenzverlusten an Brüssel habe und gerade

die Zuständigkeiten der Länder mit den veränderten Begleitgesetzen gesichert werden müssen. Mit einem Zitat von Horst Seehofer: "Qualität ist wichtiger als Zeit" brachte er seine Zweifel zum Ausdruck, dass eine schnelle Lösung in dieser Frage gefunden werden kann. Nicht zuletzt habe das Urteil des Bundesverfassungsgerichts eindeutig das Subsidiaritätsprinzip verteidigt.



Den Vertrag von Lissabon und dessen Umsetzung bewertete Verheugen als größtes und wichtigstes politisches Anliegen auf Europäischer Ebene in den nächsten Jahren. Für ihn sei er ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sieht Verheugen beim Thema Demokratisierung in der Europäischen Union noch großes Verbesserungspotenzial - hier stelle Lissabon mit der Stärkung des Europäischen Parlaments zumindest den Anfang dar, um den Bürgern die EU näher zu bringen.

Für eine wirkliche Demokratisierung müsse jedoch ein tiefgreifender Wandel als der Vertrag von Lissabon erfolgen, der auch massive Veränderungen in den Strukturen der Institutionen erfordern würde. Auch gesamteuropäische Wahlen - also nicht mehr an den nationalen Grenzen orientierte Europawahlen in den Mitgliedstaaten - wären für Verheugen ein wichtiger Schritt hin zu mehr Demokratie. Dabei müssten allerdings auch den kleinen Ländern eine gewisse Anzahl an Sitzen garantiert werden. Verheugen betonte im selben Zusammenhang, dass es richtig sei, dass das Europäische Parlament derzeit nicht im eigentlichen Sinne volldemokratisch ist, da eine Stimme aus kleineren Mitgliedstaaten um ein vielfaches höher gewichtet wird als beispielsweise eine Stimme aus Deutschland und so-

mit ein zentrales Prinzip der Demokratie - "One Man, One Vote" - keine Anwendung findet.

Diese Defizite könnten nur dann überwunden werden, wenn ein volldemokratisches Abgeordnetenhaus und eine Parlamentskammer, welche die Staaten vertritt, eingeführt würden. Verheugen betonte die Bedeutung eines demokratischeren Europas und unterstütze in seinen Aussagen auch die Forderungen nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die den neuen Herausforderungen von multipolaren Beziehungen in der Weltpolitik gewachsen sein müsse.

Im weiteren Verlauf des Interviews war die EU-Erweiterungspolitik ein zentrales Thema. Verheugen betonte, dass das größte Projekt, welches während seiner Arbeit als Kommissar vorangetrieben und erfolgreich abgeschlossen worden sei, die großen Erweiterungen 2004 und 2007 waren. Die Kontroverse, die im Nachhinein um die neuen Mitgliedstaaten entstand und die Diskussion inwiefern sie einen "Riss" in die Europäische Union oder in die effektive Zusammenarbeit der Kommission oder anderer EU-Institutionen gerissen haben, könne er nicht nachvollziehen. Die neuen Mitgliedstaaten würden teils fälschlicherweise als Sündenböcke für verschiedenste Probleme dargestellt. Die Politik habe es versäumt, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und bediene somit ständig die Vorurteile gegen die neuen Mitgliedstaaten.

Große Enttäuschung ließ Verheugen erkennen, als es um die ins Stocken geratene Aufnahme Kroatiens in die EU ging. Er selber sei überrascht gewesen dass die "Klappe" noch vor Kroatiens Aufnahme zufiel - eine baldige Vollmitgliedschaft sei daher derzeit nicht wahrscheinlich.

Natürlich wurde auch über die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission gesprochen. Verheugen ließ sich jedoch auch nach mehrmaliger Nachfrage von Rolf-Dieter Krause keine Stellungnahme zu Personalfragen in der neuen Kommission entlocken. Auch eine persönliche Evaluation der Kommission unter

Barroso lehnte er ab. Die 27 Staats- und Regierungschefs hätten Barroso bestätigt und damit stehe es Verheugen nicht zu, sich weiter über diese Thema äußern. Jedoch nannte Verheugen einige Unterschiede zum Führungsstil der Kommissionspräsidenten Prodi und Barroso. Während Prodi wohl eher einen liberaleren Führungsstil bevorzugte, hielt Barroso seine Kommissare an "einer eher kurzen Leine".



Zuletzt wurde die zunehmende Sprachvielfalt in der EU thematisiert. Hier äußerte Verheugen seine Besorgnis über das steigende Übersetzungsvolumen. Trotz der hohen Qualität der Übersetzung übersteige die Anzahl der Dokumente die Kapazitäten der Dienste, was zu Verzögerungen oder manchmal auch Nicht-Übersetzung führe. Deutsch sei die von den meisten Europäern gesprochene Sprache und müsse deshalb auch zukünftig eine der Amts- und Arbeitssprachen Sprache der EU sein.

Im Anschluss der Veranstaltung ließen die zahlreichen Besucher den Abend mit einem Grillfest in gemütlicher Runde im sommerlichen Garten der bayrischen Landesvertretung ausklingen.

(Helena Lersch und Oliver Neuman)

★6. Debriefing mit Botschafter Danielsson

Spätestens seit dem Europäischen Rat am 18. und 19. Juni kann man von einer "Institutionalisierung" der schon seit 2007 vom Verband Brüssel der Europa-Union Deutschland e.V. (EUD Brüssel) in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Brüssel veranstalteten Debriefings sprechen. So gelang es auch dieses Mal, einen hochkarätigen Redner, den Ständigen Vertreter Schwedens, Botschafter Christian Danielsson, für die Berichterstattung zu gewinnen. Herr Danielsson ließ die Anwesenden einen Blick auf die tatsächlichen Abläufe des Rates, die weder den Schlussfolgerungen noch den Zeitungen zu entnehmen waren, erheischen. Für ein erstes Überraschungsmoment sorgte jedoch Frau Margareta Hauschild, Leiterin des Goethe-Instituts Brüssel, die in einer kurzen Begrüßung ihre Versetzung in das Goethe-Institut Madrid ankündigte. Anschließend leitete der Vorsitzende der EUD Brüssel, Dr. Michael Köhler, in die Ergebnisse des Europäischen Rates ein und übergab das Wort an Botschafter Danielsson.

Herr Danielsson bewertete den Europäischen Rat sogleich als unumstritten erfolgreich, da Vieles, was im Vorfeld des Rates im Ungewissen gestanden habe, im Verlauf habe geklärt werden können. Deutlich wurde auch, dass die Schwerpunkte des Rates den Schlussfolgerungen nicht zu entnehmen sind: Die institutionellen Fragen um Irland und den Vertrag von Lissabon sowie das Vorhaben, Manuel Barroso für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission zu nominieren, umfassen kaum drei Seiten; im Gegensatz dazu sei Botschafter Danielsson zufolge ihnen die meiste Zeit gewidmet worden.

Eine lange Diskussion habe sich vor allem um die Frage, ob sich die Schlussfolgerungen des Rates im Vertrag von Lissabon widerspiegeln würden, gezogen. Gegenüber Irland habe sich vor allem das Vereinigte Königreich besorgt gezeigt, da eine nachträgliche Änderung des Vertrages erneute Ratifizierungen notwendig gemacht hätte. Nach zähen Verhandlungen

habe man sich auf die festgehaltene Fassung einigen können, wonach die Beschlüsse des Rates vollständig mit dem Vertrag vereinbar sind.

In den Schlussfolgerungen des Rates bekunden die Staats- und Regierungschefs ihren Willen zur Nominierung Barrosos, ein Punkt, über den Einigkeit geherrscht habe.

In den Schlussfolgerungen nehmen die Fragen der wirtschaftlichen Lage und des Aufbaus einer neuen Finanzmarktordnung einen ungemein großen Raum ein. Auf dem Rat habe der makroökonomische Aspekt zu wenig Auseinandersetzung geführt, vor allem auf Grundlage der einhelligen Einschätzung, dass weitere wirtschaftspolitische Stimulierungsprogramme nicht nützlich seien. Schwierigkeiten habe es hingegen bei Fragen des Aufbaus einer neuen Finanzmarktordnung und der Mikroregulierung gegeben. Uneinigkeit habe besonders über die Rolle der neuen europäischen Behörden der Finanzmarktregulierung bestanden. Fortschritte bei der Ausarbeitung des Rahmens der Mikroinstitutionen sollen im Oktober eine Bewertung finden.

Zu "verstärkten Anstrengungen zur Förderung der Beschäftigung" habe laut Herrn Daniels-



son schnell Einigung gefunden werden können. Probleme seien allerdings bei der Frage einer Beschleunigung

der Auszahlungen von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds aufgetreten. Da die schwedische Ratspräsidentschaft diese Initiative nicht unterstütze, habe sie aufgrund gravierender Uneinigkeit in den Schlussfolgerungen keinen Platz finden können.

Herr Danielsson betonte, dass auch bei Fragen des Klimawandels und der nachhaltigen Entwicklung alle Mitgliedstaaten letztendlich an einem Strang gezogen hätten. Wichtig sei vor allem gewesen, einen Zeitplan vorzugeben und Verfahrensweisen festzulegen, damit noch vor der Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember dieses Jahres in Kopenhagen eine Vereinbarung zu einem Mandat für die Verhandlungen vorgelegt werden könne.

Der in den Schlussfolgerungen mit "illegaler Einwanderung" titulierte Punkt wurde von Herrn Danielsson durch den Begriff "Migrationsfrage" umschrieben. Dies bestätigt die Einschätzung Herrn Danielssons, dass vor allem die südlichen Staaten auf eine noch klarere Sprache gedrängt hätten. Einigkeit bezüglich der internen Umverteilung von Personen habe jedoch nur auf freiwilliger Basis gefunden werden können.

Die in den Schlussfolgerungen erwähnten "Außenbeziehungen" erhielten in das Resümee Herrn Danielssons keinen Einzug; genauso verneinte er die Frage, ob die Themen Gaskrise und Ukraine eine Rolle gespielt hätten.

Botschafter Danielsson schloss mit einer Zusammenfassung der Prioritäten der schwedischen Ratspräsidentschaft, welche in erster Linie auf die Wirtschaftskrise und den Klimawandel, in zweiter auf den Vertrag von Lissabon konzentriert seien.
(Fiona Blinzer)

PS: In diesem Rahmen verabschiedete sich Margareta Hauschild als Leiterin des Brüsseler Goethe-Instituts. Sie wird im August die Leitung des Goethe-Instituts in Madrid übernehmen. Der Vorstand möchte Frau Hauschild sehr herzlich für die nette und unkomplizierte Zusammenarbeit danken. Wir wünschen Frau Hauschild alles Gute bei ihrer neuen Aufgabe.



★ Die jungen Christen und die Europawahl: "Die Kraft, mit der wir unsere Träume verwirklichen"

So lautete das Motto einer Tagung, die vom 8.-10. Mai 2009 in Brüssel stattgefunden hat und zu der 130 junge Christen aus Frankreich und Belgien zusammengekommen sind.

In den letzten Jahren hat die Wahlbeteiligung an der Europawahl in den meisten europäischen Ländern einen neuen Tiefstand erreicht. Die in ihren Studien so offene und mobile junge Generation scheint noch weniger "europabegeistert" als die ältere Generation. Dies lässt nichts Gutes für die Zukunft des europäischen Aufbauwerks ahnen.

Unter den Jugendlichen scheinen die Christen nicht minder zurückhaltend: Selbst unter den jungen Menschen mit Diplomabschluss sind nur wenige zu finden, die über Grundkenntnisse über die Arbeitsweise der europäischen Einrichtungen und die politischen Befugnisse der EU gegenüber den Mitgliedstaaten verfügen. Seit der Debatte über die Erwähnung der christlichen Wurzeln in der Präambel des Verfassungsvertrags sind viele junge Christen der Meinung, die EU lehne christliche Werte ab.

Angesichts dieser Fehleinschätzung und des offensichtlichen Desinteresses, das eine extrem niedrige Wahlbeteiligung befürchten lässt, hat die französische Vereinigung "La

politique, une bonne nouvelle" beschlossen, eine dreitägige Tagung zu organisieren, mit dem Ziel,

jungen Christen die Bedeutung der Europawahl begreiflich zu machen. Das Projekt wurde von der COMECE und der KEK unterstützt. Das Europäische Parlament und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss haben die Schirmherrschaft für dieses Projekt über-



nommen und ihre Räumlichkeiten für das Treffen zur Verfügung gestellt.

Diskussion über die Bedeutung der Wahl

Die jüngsten Umfragen bestätigen, was zu befürchten war: In der Mehrzahl der Mitgliedsländer geben bei 50 % der Wähler rein nationale Erwägungen den Ausschlag für ihre Wahl.

Mit dem Ziel, die wirkliche Bedeutung der Europawahl herauszuarbeiten, stand deshalb am zweiten Tag die Behandlung von vier Themen der Europapolitik auf dem Tagungsprogramm: "Migration", "Energie-Klima", "Wie sieht eine gute Regierungsführung in Europa nach der Krise aus?" und "Welche Rolle spielt Europa in der Welt?".

Die Aufgabe der in die vier entsprechenden Workshops aufgeteilten Teilnehmer bestand in einem ersten Schritt darin, durch die Lektüre einer Auswahl von entsprechenden Artikeln ihr jeweiliges Thema zu bearbeiten. In einem zweiten Schritt konnten sie sich mit namhaften Fachleuten zu jedem der Themen austauschen; zugegen waren beispielsweise der EU-Sonderbeauftragte für Georgien, Pierre Morel oder der Vizepräsident des Weltklimarats IPCC, Jean-Pascal von Ypersele. Nachdem sich die Teilnehmer derart informiert und mit den Themen befasst hatten, debattierten sie in einem dritten Schritt in einer Vollversammlung mit den EU-Abgeordneten von EVP, SPE und den europäischen Grünen über die Vorschläge dieser Fraktionen mit Blick auf die anstehende Europawahl.

Am späten Nachmittag dieses zweiten Sitzungstages hatten die Teilnehmer schließlich Gelegenheit, die Gebäude des Ministerrates, des Parlaments und der Europäischen Kommission zu besichtigen.

Präsenz der Christen in der EU

Wie auch am Vortag fanden sich die Teilnehmer am dritten Tag in einem Gebäude des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zusammen. An diesem Tag stellten sich zwei kirchliche, in der EU tätige Organisationen vor: die COMECE und die KEK (Konferenz europäischer Kirchen) mit ihren Themenbereichen und ihrer Art der Interaktion mit

den EU-Institutionen in Form eines "offenen, transparenten und regelmäßigen Dialogs".

Die 130 jungen Teilnehmer zwischen 18 und 35 Jahren waren begeistert von dieser Tagung, auf der sie Gelegenheit hatten, das Geheimnis um die tagtägliche Arbeitsweise dieses sehr komplexen europäischen Gefüges zu lüften: Kompromissbereitschaft. Kompromisse schließen allein genügt jedoch nicht. Es ist eine Vision vonnöten, die das europäische Aufbauwerk voranbringt. Der Rückblick auf die Gründungsvision von Robert Schuman hat die jungen Menschen begreifen lassen, dass es nun an ihnen liegt, diese mit ihren eigenen Träumen neu zu beleben.

Die 1996 von jungen Christen gegründete und geführte Vereinigung "La politique, une bonne nouvelle" (dt. "Die Politik, eine gute Nachricht") bietet Studierenden und jungen Berufstätigen, insbesondere denen mit christlicher Orientierung, Möglichkeiten der Fortbildung, des Austauschs und der Diskussion über politische Aspekte des gesellschaftlichen Lebens.

Johanna Touzel (Deutsch-Französin) hat u. a. als Assistentin von Peter Altmaier und von Jean Marie Beaupuy MdEP gearbeitet. Seit 2006 ist sie Pressesprecherin der COMECE (Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft) in Brüssel. Seit 2008 ist sie Stadträtin der Stadt Reims (Frankreich) und Mitglied des "Comité d'orientation" des Vereins "La politique, une bonne nouvelle".



★ Große Europäer in großen Gebäuden

Tagtäglich gehen wir im Europäischen Parlament durch die Gebäude WIC, ASP oder LOW. Dort sind Gebäude oder Gebäudeteile nach großen Europäern benannt worden. In dieser Reihe stellen wir sie in loser Folge vor, dieses Mal ist es das WIB-Gebäude, dem eine der Bahnhofshallen der "Gare Léopold" weichen musste.

"Ich erhalte soeben die Nachricht, dass die Nobelpreiskommission des norwegischen Parlaments heute dem Herrn Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland den Friedensnobelpreis verliehen hat." Mit dieser Botschaft unterbricht am 20. Oktober 1971 Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel überraschend die Haushaltsberatungen im Bundestag. Den Preisträger selbst erreicht die Nachricht in seinem Arbeitszimmer: Es ist Willy Brandt, der seit zwei Jahren an der Spitze einer sozialliberalen Koalition von SPD und FDP die Regierungsgeschäfte leitet.

Willy Brandt wird am 18. Dezember 1913 als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck als uneheliches Kind geboren. Seine Mutter Martha, eine allein erziehende Verkäuferin, gibt den Jungen schon früh in die Obhut seines Stiefgroßvaters Ludwig Frahm. Dieser, ein aktives SPD-Mitglied, begeistert seinen Schützling schon früh für die Sozialdemokratie. So verfasst Herbert bereits als 15jähriger politische Beiträge für die SPD-Zeitung "Volksbote" und betätigt sich Ende der zwanziger Jahre aktiv in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). 1930 tritt er der SPD bei, mit der er jedoch ein Jahr später bricht und sich dem Jugendverband der "Sozialistischen Arbeiterpartei" (SAP), einer Linksabspaltung der SPD, anschließt.

Als diese kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verboten wird, emigriert der erst 19-jährige Frahm nach Norwegen. Unter dem Decknamen "Willy Brandt" setzt er seine politische Arbeit für den SAP-Jugendverband fort und kehrt zu diesem Zweck als Norweger getarnt 1936 sogar für ein paar Monate nach Deutschland zurück. 1938 werden die deutschen Behörden ihm die deutsche Staatsangehörigkeit aberkennen. Als Norwegen im Juni 1940 kapituliert, gerät Brandt in deutsche Kriegsgefangenschaft. Er hat Glück: Seine Tarnung fliegt nicht auf und es gelingt ihm, sich in das neutrale Schweden abzusetzen. Hier verbringt er - mittlerweile als norwegischer Staatsangehöriger - den Rest des Krieges als Journalist.

Nach dem Krieg beginnt die steile politische Karriere Willi Brandts, der diesen Namen nun offiziell trägt. 1949 - ein Jahr zuvor hat er die deutsche Staatsangehörigkeit zurückerlangt - zieht er für die SPD als Abgeordneter in den ersten deutschen Bundestag ein, dem er bis 1957 angehört. Von 1957-1966 ist er regierender Bürgermeister von Berlin. Hier erlangt er durch sein entschlossenes Auftreten während der Berlin-Krise von 1958 große Popularität bei der Bevölkerung und im westlichen Ausland. Gegen den Bau der Mauer im August 1961 vermag aber auch er nichts ausrichten. In der Großen Koalition von 1966 bis 1969 noch Außenminister, gelingt ihm im Oktober 1969 schließlich der Einzug ins Kanzleramt. Es ist die Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs in Deutschland im Zuge der 68er-Bewegung und mit dem Motto "mehr Demokratie wagen" trifft Brandt den Nerv der Zeit und erntet besonders bei den Jungwählern Zustimmung.

Auch außenpolitisch beschreitet das Kabinett Brandt neue Wege: "Wandel durch Annäherung" wird zur prägenden Formel im Rahmen der neuen Ostpolitik. Brandt strebt eine Entspannung des Kalten Krieges und die langfristige Annäherung der Systeme im Sinne einer europäischen Friedensordnung an. Daher kommt es 1970 zu direkten Verhandlungen mit dem Ostblock. Das Resultat sind Verträge, in denen sich die Unterzeichnerstaaten zum Gewaltverzicht und der Unverletzlichkeit der Grenzen bekennen.



Im Umfeld der Verhandlungen kommt es zu dem berühmten Kniefall Brandts vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos, eine Geste, die international als Symbol für den Versöhnungs- und Entspannungswillen gewertet wird und die wohl auch ein Stück weit zu dem Entschluss des Osloer Nobelpreiskomitees im Oktober 1971 beiträgt, Willy Brandt den Friedensnobelpreis für seine Entspannungspolitik zu verleihen. In der Begründung heißt es, Brandt habe "im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen."

Damit und mit der erfolgreichen Wiederwahl 1972 erreicht der Kanzler den Höhe- und zugleich Scheitelpunkt seiner politischen Laufbahn. Denn ein Jahr nach Ratifizierung der Ostverträge im Bundestag verkündet Brandt im Mai 1974 seinen Rücktritt als Bundeskanzler als Konsequenz aus der "Guillaume-Affäre."

Doch zieht er sich keineswegs aus der Politik zurück: 1976 wird Brandt zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale gewählt. Drei Jahre später zieht er als Spitzenkandidat der SPD in das Europäische Parlament ein, dem er bis 1983 angehört. Gleichzeitig steht er bis 1987 der SPD vor.

Ihm, der sich Jahrzehnte für die Aussöhnung und den Frieden in Europa eingesetzt hat, ist es noch vergönnt, mitzuerleben, wie 1989 die Mauer fällt. Bei den Feierlichkeiten zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 steht er in vorderster Reihe auf der Tribüne vor dem Reichstag.

Ein Jahr später jedoch wird bei ihm eine unheilbare Krebserkrankung festgestellt und am 8. Oktober 1992 stirbt der "Visionär und Weltbürger" Willy Brandt in Unkel bei Bonn.
(Guido Mieske)

★ 10 Fragen an...

Unter dieser Rubrik stellt Yvonne Nasshoven jeweils 10 Fragen an Mitglieder der Europa-Union Verband Brüssel, um sie vorzustellen.

10 Fragen an Christian Bruns



1. Tätigkeit: Leiter der Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bei der EU.

2. In Brüssel seit: ...1995, zunächst für 5 Jahre in der EU-Kommission, seit 2000 für

Bremen.

3. In meiner Freizeit... ...beschäftige ich mich mit meinem Sohn, wenn's geht gehe ich segeln und mag gerne viel lesen.

4. Gern treffen möchte ich einmal... Nelson Mandela, den eine besondere Beziehung mit Bremen verbindet: Er war 1988 der erste Träger des Bremer Solidaritätspreises in Würdigung seines Kampfes gegen die Apartheid im südlichen Afrika und für Freiheit und Gerechtigkeit. Ich würde bei ihm gerne nachspüren, wie man so viel Festigkeit und Mut mit Fröhlichkeit und Wärme verbinden kann.

5. Mein Geheimtipp in Belgien: Sonntags morgens schlendern und einkaufen auf dem Markt in Watermael-Boitsfort.

6. Lieblingsbuch: Es gibt so viele wunderbare Bücher und für mich kein "Lieblingsbuch". Aber mehrfach gelesen habe ich "Die Entdeckung der Langsamkeit" von Sten Nadolny, weil es Seefahrt und Philosophie in reicher Sprache verbindet.

7. Lieblingszitat: Auch hier gilt: es gibt so viele schöne und wichtige Zitate. Gerade jetzt passt ein Zitat von Gandhi: "Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier".

8. Bei der Europa-Union bin ich dabei: Weil ich es wichtig finde, gemeinsam mit anderen "Europäern" überparteilich für die Grundge-

danken der Europäischen Integration zu werben.

9. Europa bedeutet für mich: ...ein faszinierendes historisches Projekt zur dauerhaften Stabilisierung des Friedens, zum verstärkten Miteinander der Kulturen, zur Schaffung bzw. Sicherung von guten Lebensbedingungen.

10. Mein Wunsch an Europa: ...dass es Europa (mit unserer Hilfe) gelingen möge, sich stärker in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verankern.

★ Terminvorschau 2009

Zu allen Terminen versenden wir rechtzeitig Einladungen per E-Mail und kündigen diese auf unserer Homepage an.

★ Mitteilungen des Schatzmeisters

Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung im Juli werden auch die Beitragsrechnungen für das Jahr 2009 versandt. Falls Sie Ihren Beitrag für das vergangene Jahr 2008 und auch für das laufende Jahr noch nicht entrichtet haben, bitten wir Sie um umgehende Begleichung auf u.a. Konto.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.
Verband Brüssel
Tel: 02 28-47545 · Fax: 02 791 5795
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Georg Becker

Bankverbindung:
Konto: 363-0201214-76 (ING)
IBAN: BE91 3630 2012 1476
BIC: BBRUBEBB
Redaktionsschluss: 31.07.2009